



Gemeindetagspräsident Brandl kritisiert elterliche Wahlmöglichkeit in Schulfragen

Verbände protestieren unter Verweis auf Menschenrechtserklärung -
Unmut über permanente Pöbeleien gegen Eltern

München – Katholische Verbände haben den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages scharf kritisiert. Dieser hatte behauptet, die elterliche Wahlmöglichkeit bei der Auswahl der Schulart für ihre Kinder „wird uns in vielen Fällen gescheiterte und traumatisierte Schulkarrieren bescheren“. Ein falscher Entscheid in Schulfragen komme „aber dem Tatbestand der Misshandlung Schutzbefohlener nahe“, so Brandl wörtlich.

Die Landesvorsitzende der Katholischen Elternschaft Deutschlands, Gisela Häfele, und der Landesvorsitzende des Familienbundes der Katholiken, Dr. Johannes Schroeter, haben scharf gegen diesen Angriff auf die Eltern protestiert. Sie verwiesen auf Artikel 26 Abs. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Er lautet: „In erster Linie haben die Eltern das Recht, die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.“

Häfele: „Wir bestehen auf den grundlegenden Rechten, die uns Eltern zugesichert sind. Eltern tragen außerordentliche Lasten zum Nutzen des Gemeinwesens. Deshalb sind wir sehr verärgert über permanente öffentliche Pöbeleien gegen die Eltern.“

Besonders pikant sind Brandls Bemerkungen, weil er in seiner Rede die Richtigkeit seiner Schulwahl für sein eigenes Kind in Zweifel zog. Schroeter: „Wer sich nicht einmal sicher ist, ob er im eigenen Zuständigkeitsbereich richtig entscheidet, sollte sich vor einer pauschalen Verurteilung aller Eltern hüten!“